

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 82 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 3. März 1937

Nr. 53

## Aus dem Inhalt:

Tschechische Presse  
gegen Henlein  
Arbeit für Görkauer  
Textilarbeiter  
Schwere Kämpfe an allen  
spanischen Fronten  
Militarisierung ganz Italiens

### Handelsvertrag mit Frankreich gestern in Prag unterzeichnet

Prag, Dienstag um halb 12 Uhr sind die vor einigen Tagen in Paris paraphierten handelspolitischen Abkommen mit Frankreich unterzeichnet worden. Von französischer Seite unterzeichneten die Dokumente der französische Handelsminister Paul Bastid und der tschechoslowakische Gesandte in Prag de Lacroix. Für die Tschechoslowakei unterzeichnete die Abkommen Minister des Aeußern Dr. Kamil Krofta. Der Unterzeichnung wohnten von französischer Seite auch der Direktor der Abteilung für Handelsverträge Alphand und der tschechoslowakische Handelsattaché in Prag Gautier bei. Von der volkswirtschaftlichen Sektion des tschechoslowakischen Außenministeriums waren der bevollmächtigte Minister Dr. Julius Friedmann, der Gesandte Machajil und Legationssekretär Doktor Jahn zugegen. Die Abkommen treten sofort in Kraft.

### Die amerikanischen Stahlgesellschaften weichen vor den Gewerkschaften zurück

Pittsburg. (Reuter.) Fünf der bedeutendsten Stahlgesellschaften der Vereinigten Staaten, darunter auch die „Bethlehem Steel Corporation“, sind der Absicht des Gewerkschaftsführers John Lewis zugewilligt, welcher alle Arbeiter zu einer großen Gewerkschaftsorganisation zusammenzuschließen wollte, und haben selbst einer Erhöhung der Löhne sowie einer Herabsetzung der Arbeitszeit für tausende von Angestellten zugestimmt. Die Gesellschaften räumten der Angestellten folgende Konzessionen ein: Herabsetzung der Zahl der Arbeitsstunden von 48 auf 40 in der Woche, Festsetzung des Minimallohnes von 5 Dollars und eine gewisse Erhöhung des Stundenlohnes. Diese Regelung betrifft etwa 550.000 Arbeiter? Der Aufwand für Zwecke dieser Lohnherabsetzungen wurde um 100 Millionen Dollars jährlich erhöht. Durch diese Maßnahmen unterwarfen sich die Gesellschaften dem Walsh-Healey-Gesetz, welches allen Betrieben, die den Staat beliefern, die 40-Stunden-Arbeitswoche sowie weitere Bedingungen vorschreibt. Dadurch werden sicherlich alle Mißverständnisse zwischen dem Marineministerium und den Stahlgesellschaften beseitigt werden.

### Exposé des Außenministers Dr. Krofta

## Treu unserer Mission: für Demokratie und Frieden!

Optimistische Beurteilung der Weltlage / Kein Weltkrieg der Ideologischen Fronten / Wachsende Zusammenarbeit der demokratischen Staaten / Frankreich und England an unserer Seite / Die neuen Aufgaben der Kleinen Entente / Keine Einmischung in die Innenpolitik der Nachbarn

### Gegen die gehässige Pressekampagne in Deutschland und Ungarn

Dienstag, den 2. März, erstattete der Minister des Aeußern Dr. K. Krofta in den Kuchenaussschüssen beider Kammern ein Exposé, dessen wichtigste Stellen wir inhaltlich im folgenden wiedergeben:

Einleitend betonte der Minister, daß die Außenpolitik der Tschechoslowakei mit der Weltpolitik und ihren Hauptproblemen vielfach und untrennbar verbunden ist. Deshalb könne man auch die Politik unserer Republik nicht allein unter dem Gesichtswinkel des Verhältnisses zu diesem oder jenem Staate betrachten. Als die drei Hauptgebiete der Unruhe und Spannung bezeichnete er das mittelländische Meer, das Gebiet von Mittel- und Osteuropa und den Fernen Osten.

#### Die Mittelmeerkonflikte

Zur Frage des Mitteländischen Meeres gehört auch die Okkupation von Abessinien durch Italien. Diese Frage, welche im Vorjahr ersten Charakter angenommen hatte, werde heute allmählich liquidiert. Drei Staaten haben das abessinische Kaiserreich als Bestandteil des italienischen Reiches de jure anerkannt, England und Frankreich haben ihre Befandtschaften in Addis Abeba durch Generalkonsulate ersetzt und diesem Beispiel ist bald darauf u. a. auch die Tschechoslowakei gefolgt. Das englisch-italienische Übereinkommen vom 2. Jänner 1937 über das Mittelmeer ist mit Recht nicht nur in Rom und London, sondern auch in Paris und in den Ländern der Kleinen Entente und der Balkanentente mit Befriedigung aufgenommen worden.

Der Minister bespricht dann die Lage, die sich durch den Bürgerkrieg in Spanien ergibt und verweist auf die letzte Aktion des Nicht-Einmischungsausschusses, wonach zwischen den beteiligten Mächten das ingruischen bereits in Kraft getretene Verbot der Freiwilligenwerbung ergriff werden

konnte. Unser Standpunkt bleibt dauernd der gleiche: wir wünschen aufrichtig, daß im Interesse des Friedens in Europa Vermählungen der englischen und französischen Regierung nach einer Neutralisierung des spanischen Kriegsschauplatzes gelingen mögen und daß die so grausam geprüfte Bevölkerung Spaniens ehestens zu einem normalen Leben zurückkehren könne.

#### Deutschland und Europa

In einem weiteren Kapitel „Deutschland und Europa“ gliedert der Minister verschiedene Kundgebungen englischer, französischer und deutscher Staatsmänner über die Differenzen zwischen dem Standpunkt Deutschlands und jenem der Westmächte über die Anteilbarkeit des Friedens und den Unterschied der Verträge im Osten und Westen. Aus der Rede Stillers vom 30. Jänner ließen sich an mehreren Stellen Anzeichen einer Annäherung der Standpunkte herausheben. Nach der Meinung der französischen und englischen Öffentlichkeit habe die Kundgebung Stillers nicht besonders deutlich zur Klärung des deutschen Standpunktes gegenüber der Lösung der Fragen der europäischen Sicherheit beigetragen. Aus diesem Grunde könne man auch heute noch nicht mit Sicherheit voraussagen, welcher Art die Ergebnisse dieser gesamt-europäischen Bestrebungen sein werden, an deren Weggängen wir allerdings ein besonderes Interesse haben und auf deren Erfolg wir immer noch hoffen.

#### Amerika

Sehr wichtig sei auch für uns das Verhältnis der großen amerikanischen Demokratie zu der Tragen Europas. Die letzten Kundgebungen der verantwortlichen amerikanischen Staatsmänner zeigen, daß man in den Vereinigten Staaten heute bereits die Gemeinsamkeit der Interessen der demokratischen Staaten und das Bedürfnis fühlt, daß die Vereinigten Staaten als der heute mächtigste und wirtschaftlich stärkste Staat in den entscheidenden Augenblicken der europäischen Geschichte ihre demokratischen Sympathien befehlen und ihre Stimme zugunsten der Erhaltung des Friedens geltend machen. Wir können auch dankbar bemerken, daß die amerikanische Presse in ihrer Mehrheit über unsere Demokratie unparteiisch referiert und die bekannnten Ideen einer und feindlichen Propaganda zurückgewiesen hat.

#### Kleine Entente — neue Aufgaben in neuen Situationen!

Entgegen zahlreichen Zeitungsgerüchten über eine Krise der Kleinen Entente gibt der Minister der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kleine Entente, die aus allen bisherigen Krisen des Nachkriegs-Europas geeint und stark hervorgegangen sei, gewiß auch aus der heutigen Krise so hervorgehen werde. Die großen Lebensinteressen ihrer Mitglieder bilden die feste und verlässliche Grundlage der Kleinen Entente. Sie hat natürlich heute ganz andere Fragen zu lösen als vorgehen Jahren, sie muß mit der Entwicklung rechnen und für neue Situationen neue gemeinsame Standpunkte suchen und finden. In der Geschichte der Kleinen Entente hat es bereits genügend ähnliche Momente gegeben, wo dieser Standpunkt mit längerem Bemühen gesucht werden mußte. Die enge Verbindung der Länder und die tiefe Motivierung unseres Bundes hat bisher immer geholfen, eine einseitige Richtlinie zu finden. Dies werde sich auch bei der künftigen Tagung des Ständigen Rates der Kleinen Entente zeigen.

Zu dem sogenannten Fall Seba bemerkte der Minister, daß die rumänisch-tschechoslowakischen Beziehungen durch keine aus durchsichtigen Tendenzen entfaltete Presselampagne erschüttert werden können.

Es sei unbegreiflich, daß das Freundschaftsübereinkommen zwischen Jugoslawien und Bulgarien als Angelegenheit des Falles der Kleinen Entente aus-

Außenminister Dr. Krofta hat in einem Augenblick einen Ueberblick über die weltpolitische Lage und das Verhältnis der Tschechoslowakei zu den übrigen Staaten gegeben, in welchem sich die politische Entwicklung Europas in vollem Fluße befindet und in dem die Kräfte des Faschismus und der Demokratie, des Krieges und des Friedens, des Verderbens und des Aufbaues miteinander ringen.

Tatsache ist, daß manche schlimme Voraussetzungen nicht in Erfüllung gegangen sind, daß manche böse Absichten der Friedensstörer nicht verwirklicht wurden. So hat man das Ende der Kleinen Entente vorausgesehen und in der Fühlungnahme Italiens mit Jugoslawien, in dem Uebereinkommen zwischen Jugoslawien mit Bulgarien eine Schwächung des Bündnisses der drei Staaten der Kleinen Entente gesehen, man hat in der Fühlungnahme Italiens mit Jugoslawien, in dem Uebereinkommen zwischen den Außenministern Italiens und der Sowjetunion den Rumänen und Jugoslawen ein Dorn im Auge ist, daß die Beziehungen zwischen den Außenministern Italiens und der Türkei in Mailand der Anfang vom Ende der Balkanentente sind. Man hat in den Wählern, die der deutschen Propaganda freiwillig dienen oder von ihr bezahlt werden, noch vor wenigen Monaten lesen können, daß die Engländer keine anderen Sorgen haben, als wie Herr Henlein aus der Patzche geholfen werden könne, daß die Franzosen nicht bereit seien zu marschieren, wenn Hitler die Tschechoslowakei überfallen werde, daß Mussolini nur darauf brenne, den Magyaren einen Teil der 1919 verlorenen Gebiete zu beschaffen und ähnliches mehr. Es gibt eben viele Leute, die ein Interesse daran haben, Unruhe und Unsicherheit in Europa zu verbreiten, weil es für sie ein politisches oder ein Vörlingsgeschäft bedeutet.

Minister Krofta konnte nun in seiner gestrigen Rede feststellen, daß eine Reihe der Voraussetzungen der deutschen Propaganda und ihrer Empfangsapparate — dazu gehören auch viele subterfandische Wälder — nicht eingetroffen sind. Was das von Italien ungeworbene Jugoslawien betrifft, hat Ministerpräsident Stojadinovic erst vor drei Wochen betont, daß die Kleine Entente die Grundlage seiner Politik sei und der bevorstehende Besuch Benedic in Belgrad deutet auch nicht darauf hin, daß die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Jugoslawien weniger intim sind als früher. Ebenso zeigte die Rede des rumänischen Außenministers im Vukastetzer Parlament anlässlich des Falles Seba, daß sich an den Beziehungen zwischen Bukarest und Prag nichts geändert hat. Ebenso wurde die Balkanentente neuerlich gefestigt und das Übereinkommen zwischen Jugoslawien und Bulgarien wurde mit ausdrücklicher Zustimmung der beiden anderen Partner der Kleinen Entente abgeschlossen. Befriedigend ist auch die Erklärung Kroftas, daß Frankreich in jedem Falle und zu jeder Zeit zur Erfüllung der Verbindlichkeiten bereit ist, die sich aus den Bündnisverträgen ergeben. Ebenso wird an dem Pakt mit der Sowjetunion nicht gerüttelt, von welchem der Außenminister hervorhebt, daß dieser Vertrag mit Wissen sowohl Großbritanniens, Italiens und Frankreichs als auch Jugoslawiens und Rumaniens abgeschlossen wurde, so daß der Pakt und mit den genannten Mächten durchaus nicht in einen Gegensatz bringen wird. Vor allem ist aber der Stimmungsumschwung in Großbritannien hervorzuheben, der die schwerste Niederlage Hitlers und Goebbels ebenso wie Henleins und Kutbas seit langem bedeutet. Welch ein Weg von dem Desinteressentent Englands an den Dingen in Mittel- und Osteuropa bis zu den Reden Ebens am 20. November 1936 in Leamington, am 14. Dezember zu Bradford, am 12. und 19. Jänner im englischen Parlament und den Stimmen der maßgebenden englischen Presse in den letzten Monaten, die deutlich erkennen lassen, daß England einem Ueberfall auf die Tschechoslowakei nicht untätig zuschauen wird. Bei einer durchaus realpolitischen Betrachtung der Dinge kann man sagen, daß seit einem halben Jahre manches in Europa zu Gunsten des Friedens getrandelt hat.

Gerade weil wir dem Außenminister in den Grundzügen seiner Darstellung zustimmen, kön-

## „Den Mächten des Friedens behilflich sein“

### Erklärung Edens: England wird den Völkerbundpakt einhalten

London. (Reuter.) Die Unterhanddebatte über außenpolitische Fragen wurde vom Labour-Abgeordneten Greenfell eröffnet, der sogleich auf die Tschechoslowakei zu sprechen kam und die Hoffnung ausdrückte, daß Außenminister Eden Erklärungen abgeben werde, die in gang Mittel- und Osteuropa das Gefühl der Sicherheit hervorgerufen. Greenfell erklärte, daß der Tschechoslowakei ein Angriff von Deutschland her und nur von Deutschland her drohe. Der Redner verweist sodann auf die kirchliche Versicherung Stillers in Angelegenheit der Sicherheit der Schweiz und betonte, daß eine derartige Erklärung, soweit es sich um die Tschechoslowakei handelt, von Deutschland her nicht erfolgt ist.

Nach Greenfell ergriff Eden das Wort, der zunächst ankündigte, daß die Frage der indirekten Intervention in Spanien und der Abtransport der dort kämpfenden Ausländer behandelt werden würde. Im Bezug auf den Völkerbund erklärte er, daß er den Mißerfolg im abessinischen Konflikt nicht verkleinern wolle, daß aber trotzdem der Völkerbund weit davon entfernt sei, zu Grabe getragen zu werden.

Sodann ging Eden zur Kolonialfrage über und erklärte, daß er der kürzlichen Oberhaus-Erklärung Lord Cranvornes nichts hinzuzufügen habe, d. h. daß die britische Regierung einen Rückzug in der Kolonialfrage weder erwogen habe noch jetzt erwäge und daß diese Antwort auch die weitere Politik der britischen Regierung beinhalte.

Der Außenminister antwortete dann auf verschiedene kritische Äußerungen über die Verpflichtungen Englands: Der Grund, warum ich in Leamington einen Unterschied gemacht habe zwischen den Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien und vielleicht gegenüber

Deutschland sowie zwischen den allgemeinen aus dem Völkerbund hervorgehenden Verpflichtungen ist nicht etwa der, daß die Regierung Großbritanniens versuchen wollte, sich diesen Verpflichtungen aus dem Völkerbundpakt zu entziehen.

Der Grund liegt vielmehr darin, daß, soweit es sich um eine militärische Aktion Großbritanniens handelt, die sich aus dem Völkerbundpakt ergebenden Verpflichtungen einen geringeren Umfang haben und weniger klar und präzisifiziert sind, als die Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag.

Das englische Rüstungsprogramm, sagte Eden weiter, wurde fast überall mit Freuden aufgenommen. Der Grund hierfür ist sehr einfach. Im Ausland gibt es nämlich niemanden, der sich nicht klar vor Augen führte, daß sich Großbritannien niemals in einen Krieg einlassen wird, der mit seinen Verpflichtungen aus dem Völkerbundpakt in Widerspruch stände.

Es ist unsere Ueberzeugung, daß Großbritannien die größte bewaffnete Macht zu seiner Verfügung haben muß, um den Mächten des Friedens behilflich sein zu können.

Außen Chamberlain sagte in der weiteren Aussprache: Die heutigen Schwierigkeiten haben nicht ihren Grund darin, daß wir zu wenig unterzeichnete Verträge haben, sie beruhen vielmehr darin, daß wir nicht genug Verträge besitzen, die respektiert werden. Es wäre ein gefährlicher großer Irrtum anzunehmen, erklärte Chamberlain zum Schluß, daß wir deshalb, weil wir die Verpflichtung zu einer kategorischen Aktion nicht übernehmen, dies als Mislaun werden.

(Fortsetzung auf Seite 2.)









